

Demokratisierung.

Der deutsche Reichskanzler hat gestern im Reichstag die bekannten Fragen der äußeren Politik und der Kriegführung besprochen und im Zusammenhang damit auch das Problem der künftigen innerpolitischen Entwicklung Deutschlands berührt. Die „Neuorientierung“ bildet ja jetzt neben den Kriegszielen einen Hauptgegenstand des deutschen Parteienstreites. Bethmann Hollweg lehnt das Schlagwort „Neuorientierung“ ab, nicht nur, weil ihm die Wortbildung ästhetisch mißfällt, sondern aus einem sehr zutreffenden politischen Grund. Es sei nämlich, sagt er, gar nicht Sache des freien Vellebens, ob man sich neu orientieren wolle oder nicht; denn die neue Zeit mit einem erneuten Volk sei bereits da, der Krieg habe sie geschaffen, und es handle sich jetzt nur darum, den „richtigen politischen und staatlichen Ausdruck“ für diese neugeschaffene deutsche Welt zu finden. Das ist eine Auffassung, der jeder modern denkende Mensch nur zustimmen kann. Der Reichskanzler erkennt die unaushaltbaren Triebkräfte der politischen Entwicklung an, und es wäre nur zu wünschen, daß er, statt bei dieser richtigen Prämisse stehen zu bleiben, auch gleich die notwendigen Schlüsse daraus gezogen hätte. Ein offenes, klares Wort über die politischen Reformen, die in Deutschland nach dem Kriege kommen müssen, hätte nach keiner Seite hin geschadet.

Von den Reichstagsrednern, die nach dem Kanzler sprachen, deutete jeder das Gehörte in seinem Parteinne aus, aber der Redner der

Volkspartei tadelte mit gutem Grunde, daß die Worte des Reichskanzlers eine bestimmte Zusage vermischen ließen. Der Wortführer der Sozialdemokratie meinte, wenn der Krieg nicht eine neue Zeit und einen neuen politischen Geist brächte, wäre all das kostbare Blut vergebens geflossen. „Sonst wäre das Ende nur hundert Jahre Elend, Verzweiflung und innere Wirren.“ Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des konservativen Sprechers, da ja viel darauf ankommt, welchem Verständnis die politischen Reformnotwendigkeiten gerade auf dieser Parteiseite bezeugen. Leider lassen die Äußerungen des Grafen Westarp nicht darauf schließen, daß die preussischen Konservativen in der Kriegszeit etwas Nützliches gelernt oder etwas Schädliches veraesssen hätten. Unter der Neuorientierung, sagt Graf Westarp — und damit hat er allerdings recht —, sei im Grunde nichts anderes zu verstehen, als die Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen. Aber, erklärt er kurz und entschieden, „dafür sind wir nicht zu haben“. Das Mißtrauen, mit dem die Konservativen dem neuen Zeitgeist gegenüberstehen, wird von ihrem Wortführer in ganz eigentümlicher Weise motiviert. Viele Kämpfer, so fürchtet er, werden aus dem Felde mit neuen Auffassungen und neuen Anschauungen heimkehren. „Diese Auffassungen wird man sich genau ansehen müssen.“ Wenn also die Auffassungen, der aus dem Felde Heimgekehrten vor dem Auge des strengen konservativen Gedankenprüfers keine Gnade finden sollten, dann — ja, dann kann natürlich von einer Neuorientierung keine Rede sein; vielleicht eher von einer Rückwärtsorientierung, um die verwirrte Demokratie mit strenger Zucht auf den Pfad der konservativen Tugend zurückzuführen.

Es ist eine von den preussischen Reaktionären oft gebrauchte Phrase, und auch Graf Westarp hat sie gestern wiederholt: das überlieferte System habe sich in diesem Kriege glänzend bewährt. Aber was sich in diesem Kriege bewährt hat, das sind in Wahrheit deutsche Disziplin, deutsche Organisationsgabe, deutscher Fleiß und deutsche Gründlichkeit gewesen. Was sich dagegen weniger bewährt, vielmehr dem deutschen Volk und Reich geschadet und der giftigen Agitation seiner Feinde in der ganzen Welt reichen Nähr-

stoff geboten hat, das war die politische Rückständigkeit der deutschen Staatseinrichtungen. Der Zug der Zeit, der nach Demokratisierung geht, ist vor dem Kriege zu wenig beachtet worden, er wird nach dem Kriege unwiderstehlich sein. Bethmann Hollwegs Rede läßt vermuten, daß er dies einseht, und so steht zu hoffen, daß die deutschen Staatslenker dieser Einsicht gemäß auch handeln werden. Nach dem Kriege wird wahrscheinlich eine große politische Bewegung einsetzen, die ganz Europa umfassen und deren stärkster Wellengang nicht von Westen, sondern von Osten kommen dürfte. Das Problem wird ein internationales sein, und Deutschland wird keine Ausnahme, keine politische Insel bilden. Je besser politische Notwendigkeiten begriffen werden, desto leichter setzen sie sich durch.